



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



AUS DEM INHALT

Ausgabe Juli 2009

- **Ergebnis der Europawahl**
- **Neues Abgeordneten-Statut**
- **Bundesverfassungsgerichtsurteil**
- **EU-Ratspräsidentschaft Schwedens**
- **Neue Soziale Agenda**
- **Krumme Gurke**
- **Urlaub: EU-Flugrechte**
- **Kostenlimit bei Handytelefonate im EU-Ausland**

Liebe Leserinnen und Leser,

ich grüße alle bisherigen und neuen Leser des Eurospots in dieser neuen Wahlperiode des Europäischen Parlaments. Sie können diese Informationen anlässlich Ihrer Besuche im Europäischen Parlament oder in den CDU-Kreisgeschäftsstellen meines Betreuungsbereiches erhalten, über e-mail abonnieren oder auf meiner Webseite im Internet herunterladen.

In der konstituierenden Sitzung des EP am 14. Juli wurde der ehemalige polnische Ministerpräsident Jerzy Buzek, Mitglied der Fraktion der EVP (Europäische Volkspartei), zum Präsidenten gewählt. Er gehört dem Europäischen Parlament seit 2004 an und folgt dem bisherigen EP-Präsidenten Hans-Gert Pöttering (CDU).

Im September wird der neue Kommissionspräsident im Europäischen Parlament gewählt werden. Als mit Abstand größte Fraktion beanspruchen die europäischen Christdemokraten diese Funktion für einen Vertreter ihrer politischen Familie. Bisher ist einziger Kandidat der bisherige Amtsinhaber José Manuel Durrao Barroso.

Der Lissabon-Vertrag nimmt eine Hürde nach der anderen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni hat klar gemacht: auf europäischer Ebene war alles in Ordnung, nur innerhalb Deutschlands haben sich Bundestag und Bundesrat im Verhältnis zur Bundesregierung keinen ausreichenden Einfluss in europäischen Angelegenheiten gesichert. Ich freue mich als Parlamentarier, dass meine Bundestagskollegen durch eine neue gesetzliche Regelung mehr Kompetenzen erhalten werden.

Auch für das Referendum in Irland im Oktober sieht es sehr gut aus, der Chef der Nein-Kampagne dort hat keinen einzigen Sitz für seine Partei im EP gewonnen.

Bis zum Jahresende bleibt es spannend auf europäischer Ebene: wer die Bundestagswahl gewinnt, bestimmt, wer der deutsche EU-Kommissar wird. Es wird einen neuen Ratspräsidenten für zweieinhalb Jahre und einen „Außenminister“ der EU geben.

Bitte begleiten Sie Europa und mich auf diesem interessanten Weg.

Herzlich grüßt

Ihr

Michael Gahler

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) ist die klare Siegerin dieser Europawahl

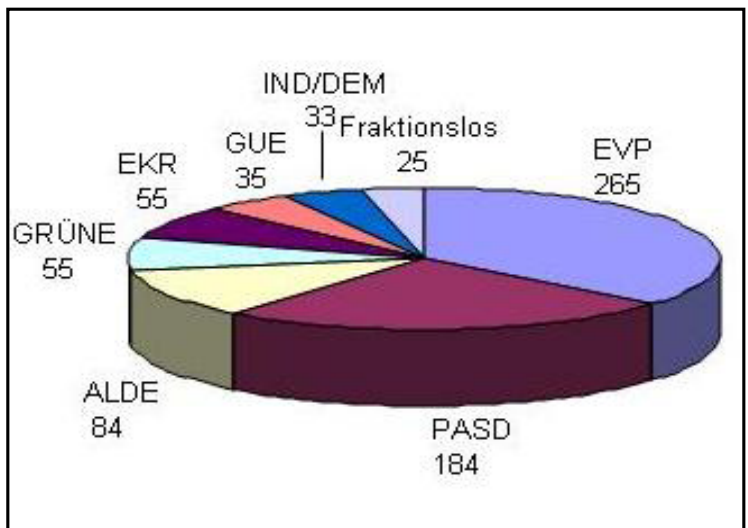
Bei den Europawahlen vom 4. bis 7. Juni haben 161 Millionen Wähler in den 27 Mitgliedsstaaten der EU über die Verteilung der 736 Sitze im Parlament entschieden. Die Europäische Volkspartei (EVP) ist als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen und wird mit 265 Abgeordneten die mit Abstand größte Fraktion bilden. Fraktionschef bleibt Joseph Daul, der mit 98,7 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt wurde.

Die weiteren Ergebnisse der bisherigen Fraktionen lauten: Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten (PASD) 184, Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) 84, Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz (GREENS/ EFA) 55, Gruppe der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) 55, Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/ NGL) 35, Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie

(IND/ DEM) 33 und fraktionslose Kandidaten 25.

Die CDU/CSU-Gruppe mit den 34 CDU- und 8 CSU-Mandaten wird die stärkste nationale Delegation innerhalb der EVP-Fraktion und dem EP

einer verstärkten Stellung als Mitgesetzgeber durch das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags, das wir uns möglichst bald wünschen, wird das Europäische Parlament eine strategisch wichtige Stellung im



insgesamt bleiben Die CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament stellt wieder einen stellvertretenden Vorsitzenden der EVP-Fraktion. Die europäischen Christdemokraten wählten den bisherigen innenpolitischen Sprecher der Fraktion, Manfred Weber (CSU), in den Fraktionsvorstand.

Die neue Legislaturperiode wird für das Europäische Parlament entscheidend sein. Mit

Kern der europäischen Entscheidungsprozesse einnehmen.

Während der konstituierenden Sitzung des neuen Europaparlaments, zu der die 736 Abgeordneten am 14. Juli in Straßburg zusammenkamen, standen zunächst einmal Wahlen an. Gewählt wurden der Parlamentspräsident, Jerzy Buzek, und zwölf Vizepräsidenten.

Neues Abgeordneten-Statut bringt einheitliche finanzielle Regelung

Mehrfach wurde in den Medien über die Uneinheitlichkeit der finanziellen Aspekte wie Diäten und Ruhegehälter von Europäischen Parlamentariern berichtet. Damit ist jetzt dank eines neuen Abgeordneten-Statuts Schluss, das für die im Juni gewählten 736 Europa-Abgeordneten gilt.

Das neue Statut bekräftigt, dass die Europa-Abgeordneten ein freies Mandat ausüben und nicht an Weisungen gebunden sind. Es regelt auch den Zugang zu Informationen, die für die Ausübung der parlamentarischen Arbeit notwendig oder nützlich sind.

Neu ist, dass mit dem neuen Statut die Parlamentarier



erstmalig einheitliche Gehälter erhalten werden. Bisher war dies nicht der Fall, und es kam je nach Herkunftsland zu sehr starken Unterschieden, da sie dem Gehalt der Mitglieder des jeweiligen nationalen Parlaments entsprachen.

Im vergangenen Europapar-

lament saßen Parlamentarier, die weniger als 1000 Euro Monatsgehalt bekamen neben anderen, die über 12.000 pro Monat bezogen. Zukünftig lehnt sich das Gehalt an die Bezüge der Richter am Europäischen Gerichtshof an und beträgt 38,5% der Richtergehälter. Momentan sind dies 7.665 Euro vor Steuern. Nach EU-Steuern entspricht dies circa 6.000 Euro, einige Mitgliedsstaaten werden die Einkommen zusätzlich national besteuern. Die Gehälter werden nunmehr direkt von der EU bezahlt, statt wie bisher von den jeweiligen Mitgliedstaaten.

Lissabon-Vertrag stärkt EU für die Zukunft



Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat am 30. Juni entschieden, dass das Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Lissabon mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Jedoch genügt das Begleitgesetz über die Mitwirkungsrechte des Deutschen Bun-

destages und des Bundesrates in EU-Angelegenheiten nicht den Anforderungen des Grundgesetzes. Erst wenn dieses Gesetz hinsichtlich der Beteiligungsrechte von Bundestag und Bundesrat entsprechend geändert ist, kann die Ratifizierung des Vertrages durch Deutschland abgeschlossen werden.

Mit dem Lissabon-Vertrag

wird die Europäische Union für die Aufgaben der nächsten Jahre ausgerüstet: Klare Zuständigkeitsregeln verbessern Aufgabenverteilung und Verantwortung der europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Ebenen. Die Stärkung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente in der EU-Gesetzgebung bringt mehr Einfluss für die gewählten

Volksvertreter. Die EU wird so demokratischer, transparenter und effizienter.

Im Anschluss an ein zügiges deutsches Gesetzgebungsverfahren würde Deutschland

im Herbst die Ratifikationsurkunde hinterlegen. Nach einer aus heutiger Sicht erfolgreichen Volksabstimmung in Irland könnte das Reformwerk dann nach jahrelangen Bemühungen endlich

in Kraft treten.

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg09-072.html>

Schwedische EU-Ratspräsidentschaft steht vor vielen Herausforderungen

Seit dem 1. Juli hat Schweden die EU-Ratspräsidentschaft inne und wird somit die Geschehnisse Europas in den kommenden sechs Monaten an vorderster Front prägen. Der schwedischen Ratspräsidentschaft ging die der Tschechischen Republik voraus. Spanien wird ab dem 1. Januar 2010 die Führung der EU übernehmen.

Inhaltlich setzt die schwedische Regierung ihre Schwerpunkte auf die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und den Umgang mit dem Klimawandel. Vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Lage verfolgt Schweden das Ziel, dem er-

warteten Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Herbst durch



gemeinsame Anstrengungen aktiv entgegenzuwirken. Neben diesem Ziel hegt Schweden den Anspruch, verstärkt Verantwortung zur nachhaltigen Bekämpfung des Klimawandels zu übernehmen. Da die EU mit ihren Bemühungen weltweit an erster Stelle steht, gilt es, im Rahmen eines neuen Klimaabkommens als Nachfolge-Abkommen für Kyoto den

nächsten Klimagipfel der Vereinten Nationen in Kopenhagen zum Erfolg zu führen.

Neben den genannten Schwerpunkten wird sich Schwedenebenfalls mit den aktuellen europäischen Herausforderungen auseinandersetzen müssen: Wiederwahl von

José Manuel Barroso als Präsident der Europäischen Kommission, Abschluss des Ratifizierungsprozesses des Lissabon-Vertrages, Europäische Energiepolitik, den Fortgang der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei, mögliche Beitrittsverhandlungen mit Island.

<http://www.se2009.eu/>

Neue Soziale Agenda zum Schutz gegen die Wirtschaftskrise

Das vergangene Europäische Parlament forderte die EU-Kommission auf, eine ambitionierte soziale Agenda zu entwerfen, die die Folgen der wirtschaftlichen Rezession abmildern soll. Angesichts der zu erwartenden Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, wie einer Zunahme der Armut und der Arbeitslosigkeit, fordern die

Abgeordneten, soziale Maßnahmen zu ergreifen.

Sie sind der Ansicht, dass strukturelle Reformen zur Stärkung des sozialen Sektors angegangen werden müssen. Im Bereich der Bildung fordern sie eine wirksame Prävention und Bekämpfung des Abbruchs der schulischen

Ausbildung ohne Abschluss. Daneben verlangt das EP eine weitergehende Förderung und Unterstützung für das Konzept der Schulen der „zweiten Chance“. Die Sozial- und Beschäftigungspolitik solle die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern und der derzeitigen wirtschaftlichen Krise entgegenwirken.

Aufregung über den Krümmungsgrad der Gurke ist vom Tisch



Nach starkem Druck der Bürgerinnen und Bürger Europas

am 1. Juli in Kraft getreten. Seitdem haben knubbelige

ist es gelungen, die viel kritisierte Verordnung zu unnatürlich großem oder geformtem Obst und Gemüse aufzuheben.

Die vor einem halben Jahr von der EU-Kommission beschlossene Aufhebung der gesetzlichen Vermarktungsnormen für 26 Obst- und Gemüsesorten ist

Karotten und krumme Gurken in den Regalen der Supermärkte wieder eine Chance.

Schluss ist nun mit der 20 Jahre alten Verordnung zur Qualitätsnorm von Gurken (1677/88). Doch nicht „Brüsseler Bürokraten“ kamen auf die Idee, Gemüse zu normieren. Die Normen gehen zurück auf Wünsche der verarbeitenden Industrie, des Transportgewerbes, der Supermarktketten und der Agrarverbände. Einheitlich geformtes Gemüse ist leichter automatisiert zu verarbeiten.

http://ec.europa.eu/agriculture/markets/index_de.htm

Urlaub: EU-Flugrechte

Gerade in der Urlaubszeit kommt es immer wieder zu Verspätungen, Flüge werden überbucht oder auch gestrichen. Nach dem EU-Recht haben Sie bestimmte Rechte in Bezug auf Information, Verspätungen, Annullierungen, Überbuchung und Schäden am Gepäck.

Bei erheblichen Verspätungen

oder Wartezeiten, die man aufgrund von Überbuchungen in Kauf nehmen muss, sowie im Falle einer Annullierung muss die Fluggesellschaft zum Beispiel für Mahlzeiten und Erfrischungen sorgen und Telefongespräche ermöglichen. Sie ist auch dazu verpflichtet, Ihnen ein schriftliches Merkblatt über Ihre Rechte als Passagier auszuhändigen.

Vom Europäischen Verbraucherzentrum Deutschland gibt es eine neue Broschüre, die über die aktuelle Rechtslage informiert und Sie mit Tipps rund um die Flugreise versorgt.

<http://www.eu-verbraucher.de/media/fichiers/file20090121296.pdf>

Der EU-Strandtest



Jedes Jahr verrät ein von der EU veröffentlichter Bericht über mehr als 21.000 europäische Badegewässer, ob sich das Wasser am Urlaubsort zum Baden eignet.

Für strenge Umwelt- und Hygienestandards sorgt mit zunehmendem Erfolg eine 2006 vom Europaparlament verabschiedet Richtlinien-Novelle.

Nach dem Anfang Juni veröffentlichten Jahresbericht zur Badegewässerqualität erfüllten 96% der Badegewäs-

ser an den Küsten und 92% der Strände an Binnengewässer die EU-Standards.

Zwölf Mitgliedsstaaten haben die Neufassung bereits vollständig umgesetzt und wenden die neuen Standards an: Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Lettland, Litauen, Luxemburg, die Slowakei, Spanien, Schweden, Ungarn und Zypern.

Auf der Website der Europäischen Umweltagentur finden Sie Länderberichte und Landkarten mit Informationen zur Gewässerqualität der einzelnen Strände und Gewässer.

<http://www.eea.europa.eu/de>

Kostenlimit bei Handytelefonaten im EU-Ausland



Seit dem 1. Juli 2009 ist das Telefonieren im EU-Ausland billiger: ein ausgehender Anruf darf pro Minute nicht mehr als 0,43 €, ein eingehender Anruf nicht mehr als 0,19 € kosten. Von nun an werden ausgehende Anrufe nicht mehr pro Minute, sondern nach den ersten 30 Sekunden sekundengenau abgerechnet, eingehende Anrufe müssen bereits ab der ersten Sekunde sekundenge-

nau berechnet werden.

Das Versenden von SMS aus dem EU-Ausland darf nur noch höchstens 0,11 € kosten. Damit fällt der Preis auf beinahe ein Drittel des vorherigen EU-Durchschnitts von 0,28 € (alle Preise jeweils zuzüglich MwSt.).

Schließlich können Urlauber und Geschäftsreisende nun EU-weit per Mobilfunk

im Web surfen, Filme abrufen oder Fotos verschicken, ohne überbeuerte Roaming-Abrechnungen befürchten zu müssen, denn ab heute gilt auf der Vorleistungsebene eine Preisobergrenze von 1 € pro übertragenem Megabyte.

Die Roamingentgelte sollen durch diese Maßnahmen um 60% gesenkt werden. Dementsprechend wird die Mobilfunknutzung für Verbraucher in der EU attraktiver: die EU-Kommission schätzt, dass die Kunden mehrere Milliarden Euro sparen werden. In jedem Fall werden Urlauber so vor überraschend hohen Handy-Rechnungen geschützt.

http://ec.europa.eu/news/environment/090630_de.htm

PRESEEUROP.EU gestartet

PRESEEUROP.EU ist ein Netzwerk verschiedener Unternehmen der Pressewelt.

Das Newsportal macht sich eine thematisch breit gefächerte Berichterstattung

zum europäischen Projekt zur Aufgabe, das die Europäische Union durch die Presselandschaft seiner 27 Länder lebendig werden lässt, aber auch EU-Beitrittskandidatenländer und den Rest der Welt

berücksichtigt, indem es die Informationen, die die EU und Europa im weiteren Sinne betreffen, auswählt, überprüft und verbreitet.

<http://www.presseurop.eu/de>

Neue Webseite: „Die EU für Lehrer/innen“

Die Europäische Kommission bietet ein neues Internetportal mit Unterrichtsmaterialien zu Europa an: „Die EU für Lehrer/innen“. Ob Ideen für den Unterricht oder konkrete Informationen über die Geschichte Europas – die Webseiten bieten nützliche und gezielte Angaben und Hinweise für alle Altersgruppen. Die Webseiten „Jugend: Lernen, Arbeiten, Reisen

in Europa“ der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland ergänzen das Portal. Hier finden die Lehrerinnen und Lehrer Hinweise zu aktuellen Terminen in Deutschland, Unterrichtsmaterialien, die die Lehrpläne der Bundesländer ergänzen, Online-Spiele zu Europa und eine Linksammlung zu Schule, Studium und Arbeit in Europa.



http://europa.eu/teachers-corner/index_de.htm

Jugend in Aktion



Die Kommission ruft zur Einreichung von Projektvorschlägen auf. Es sollen Projekte ermittelt werden, die sich mit der Einführung, Umsetzung und Weiterentwicklung von innovativen und qualitativ herausragenden Elementen in der nichtformalen Bildung und Jugendarbeit befassen. 2009 haben Projekte Priorität, die sich auf die Themen Medi-

enkompetenz junger Menschen und E-Jugendarbeit beziehen. Die Projekte müssen zwi-

schen dem 01.12.2009 und dem 31.03.2010 anlaufen. Die Projektlaufzeit muss mindestens 12 Monate und höchstens 18 Monate betragen. Frist zur Einreichung von Projektvorschlägen ist der 30. September 2009.

http://eacea.ec.europa.eu/youth/index_de.php

IMPRESSUM

Michael Gahler
Europäisches Parlament

ASP 10 E 217
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 59 77
Fax: 0032-2-284 99 77
E-Mail: michael.gahler@europarl.europa.eu

Regionalbüro Süd- und Westhessen

Odenwaldstrasse 5
D-64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152-93 25 94
Fax: 06152-93 25 93